

Migration in Europa

Dominikaner und Katholische Akademie veranstalteten internationales Fachsymposium in Berlin

Wir stehen vor der Herausforderung, eine gemeinsame europäische Migrationspolitik zu entwickeln. An was wollen die europäischen Länder und will Europa als Ganzes sich dabei messen lassen? Die „Festung Europa“ drückt den weit verbreiteten Wunsch nach Selbsterhalt, Abgrenzung und Abwehr aus. Gleichzeitig nimmt der Druck an den Grenzen immer mehr zu.

Die Europäer sind von zwei widerstreitenden Impulsen bestimmt: zum einen von der Forderung nach universeller Solidarität mit jenen, die das praktizieren, was die europäische Identität wesentlich mitbestimmt: die „Grenzüberschreitung“. Zum anderen gibt es verbreite Ängste, an denen nicht einfach vorbeigegangen werden kann: Ängste vor Identitätsverlust, vor der Konfrontation mit andersartigen kulturellen und religiösen Herkunftsn und Mentalitäten und vor der Zumutung, den eigenen Wohlstand zu teilen. Die Bürger der Union erwarten von ihren politischen Vertretern, dass sie in diesem Bereich effektiv und planvoll regieren und steuern. Was ist vor diesem Hintergrund eine ethisch verantwortete Migrationspolitik?

Um dieser höchst aktuellen Frage nachzugehen, luden die *Katholische Akademie in Berlin* sowie drei Institutionen des Dominikanerordens – das *Institut M.-Dominique Chenu* (Berlin), *Espaces Europa* (Brüssel) und die Sozialwissenschaftliche Fakultät der *Pontificia Università San Tommaso d'Aquino – PUST* (Rom) – Ende November 2003 zu einem internationalen Fachsymposium zum Thema „Migration in Europa“ nach Berlin ein. Gefördert wurde die dreitägige Veranstaltung von der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission. Mehr als 80 Multiplikatoren aus 13 Ländern (von Dänemark bis Kroatien, von Albanien bis zur Schweiz, von Großbritannien bis Tschechien) folgten der Einladung: Vertreter kirchlicher Organisationen und Verbände (International Catholic Migration Commission [ICMC], Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union [COMECE], verschiedene nationale Bischofskonferenzen, Caritas, Justitia et Pax, Jesuiten-Flüchtlingsdienst u.a.) waren ebenso beteiligt wie Politiker (Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages), Mitarbeiter der Verwaltung (Innenministerium Berlin, Verteidigungsministerium London u.a.), Vertreter europäischer und internationaler Institutionen (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, UN-Flüchtlingshochkommissariat [UNHCR]), Aktivisten migrationspolitischer Initiativen, Netzwerke und NGOs sowie Verantwortliche in Bildungsinstitutionen, Journalisten, Sozialethiker und Theologen. Unter den Teilnehmern waren 13 Dominikaner/-innen aus Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Italien, Spanien und Kroatien!

Das Gespräch zwischen politischen Verantwortungsträgern, Ethikern und Praktikern aus der Migrantenarbeit sollte die Verengung auf nationale Perspektiven überwinden, anhand aktueller Entscheidungsfragen (Asylrecht, Einwanderungsrecht, Illegale Migration) die Orientierungskraft ethisch-theologischer Reflexionen

prüfen und anhand praktischer Beispiele Handlungsmöglichkeiten für eine zukunftsweisende Migrationspolitik aufzeigen.

Trotz des Säkularisierungsprozesses prägt das Christentum den europäischen Wertehorizont hinsichtlich des „richtigen“ Umgangs mit dem Fremden wesentlich mit. Das Christentum hat radikal mit der Gruppen- und Clanethik gebrochen und versteht Gemeinschaft universell. Entsprechend – darauf wies der Berliner Erzbischof *Kardinal Georg Sterzinsky* eindringlich hin – beharren die christlichen Kirchen auf dem Recht auf Freizügigkeit. Aus dieser ethischen Tradition leiten viele die Verpflichtung zur unbedingten Solidarität gegenüber dem Bedürftigen und dem Fremden sowie eine grundsätzliche Orientierung an der Überwindung (statt der Schaffung) von Grenzen ab (so der anglikanische Theologe *Graham Ward*, Universität Manchester, in seinem Vortrag zum Thema „Hospitality and Justice towards ‚Strangers‘“). Doch diese Werte und Einstellungen werden heute häufig als „überfordernd“, „unrealistisch“ oder „blauäugig“ bezeichnet; hier erinnerte *Hans-Joachim Stange* (Bundesministerium des Inneren, Berlin) daran, dass politische Regelungen in der Migrationspolitik längst noch nicht das wesentlich grundlegendere Problem der internationalen (Un-)Gerechtigkeit zu lösen in der Lage sind. Jenseits davon war man sich jedoch einig, dass keineswegs zu vertreten ist, etwa das Asylrecht dem nach dem 11. September gewachsenen Bedürfnis nach allumfassender Sicherheit – der aktuellen „hidden agenda“ (*Bruno Kapfer*, Caritas Europa) vieler nationaler Politiken – zu opfern.

Zwischen dem „prophetischen“ Postulieren starker Werte und den praktischen Problemen und Konflikten im Zusammenhang mit Migration, die neben der kulturellen Bereicherung und den ökonomischen Vorteilen zweifellos auch bestehen, klafft offenbar eine Lücke. Diesen Bruch zwischen ethischem Anspruch und politischer Praxis markierte in bemerkenswert selbstkritischer Offenheit die Beauftragte der deutschen Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, *Marieluise Beck MdB*.

Die zentrale Aufgabe lautet, ethische Orientierungen zu formulieren, die an die historischen, kulturellen und spirituellen Traditionen Europas ebenso anschließen wie an die heutigen politischen Realitäten. Zu diesen Realitäten gehört aber auch eine Zahl, die *Kapfer* ins Gedächtnis rief: die Lastenverteilung in der Aufnahme von Migranten beträgt im Vergleich zwischen Europa und Afrika 1:25! In diesem Zusammenhang plädierte der in Louvain-la Neuve (Belgien) lehrende Sozialethiker *Walter Lesch* für eine exaktere Bestimmung dessen, was unter den Schlagwörtern „Eigeninteresse“ und „Gemeinwohl“ firmiert. Dass die Aufgabe der ethischen Orientierung nicht bloß, quasi arbeitsteilig, den Kirchen zukommt, sondern immer auch in die konkrete Politik einfließen muss, betonte die Vorsitzende des deutschen Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration, *Rita Süßmuth*, mit Nachdruck.

Was müssen wir uns zumuten, was dürfen wir dem Anderen zumuten? Was soll unsere Kultur leiten, was bedeuten Gastfreundschaft und Gerechtigkeit, aber auch Identität in der konkreten Auseinandersetzung mit den Hoffnungen und Ansprüchen des Migranten? Was – so fragte der spanische Soziologe *Ramón López de*

la Osa González OP (PUST, Rom) – meint nationale und europäische Verantwortung für Migranten in einer globalisierten Welt? Was, so ist anzuschließen, im Kontext der Gender-Problematik? Beantworten konnte das Berliner Symposium längst nicht all diese Fragen....

(http://www.katholische-akademie-berlin.de/includes/pol_ges_texte_gr.php?id=10)

Ulrich ENGEL OP

Institut M.-Dominique Chenu – Espaces Berlin

Rundbrief Nr. 35 Juni 2004

Editorial

Europa am Scheideweg

Wenn Sie diesen Brief erhalten, werden drei europäische Ereignisse stattgefunden haben : der tatsächliche Beitritt der zehn neuen Länder zur Europäischen Union, die mögliche Annahme der neuen Verfassung durch die Konferenz der Regierungschefs und die Wahl des neuen Europaparlaments. Darauf wird der Amtsantritt einer neuen Europäischen Kommission erfolgen. In einigen wenigen Wochen wird sich die ganze Landschaft der Union verändert haben.

Die Erweiterung: die entscheidende Etappe auf dem Weg der Einigung Europas, der Schaffung eines europaweiten Friedensraums, der im Prinzip auch ein Raum der Solidarität sein soll. Es ist das erste Mal, dass sich eine so grosse Zahl von Ländern und eine so grosse Anzahl von Menschen der Union anschliessen. Der Bruch, den der Eiserner Vorhang verursacht hatte, ist damit endlich geheilt, wenn auch noch viele schmerzende Narben auf Linderung harren und der Bruch teilweise in den Köpfen noch fortbesteht. Es wird noch ein weiter Weg sein, bis man sich gegenseitig verstehen wird.

Auch wird es noch andere Erweiterungen geben müssen, bevor von einer wirklichen Einigung Europas gesprochen werden kann. Wann zum Beispiel wird sich die Hoffnung auf eine ausreichende Stabilisierung der Balkanländer realisieren, dass deren Beitritt ernsthaft in Erwägung gezogen werden kann? Eine entscheidende Voraussetzung für den Frieden in Europa.

Die Verfassung: In unserem Brief Nr. 33 haben wir darüber ausführlich gesprochen. Im Dezember schien auf einmal alles blockiert. Die dramatischen Ereignisse des 11. März in Madrid haben die politische Landschaft in einer völlig unvorhergesehenen und unvorhersehbaren Weise revolutioniert. Die Regierungen haben eindeutig ihren Willen zum Ausdruck gebracht, zu einem Ziel zu gelangen, und sie scheinen bereit zu sein, auf zweitrangige Einwände zu verzichten und in den wichtigsten strittigen Punkten Kompromisse zu erzielen.

Eine schwerwiegende Frage bleibt allerdings offen: In einigen Ländern wird die Verfassung einer Volksabstimmung unterworfen werden. Und wenn es in einigen dieser Länder eine Mehrheit von Nein-Stimmen gibt? Für einen solchen Fall gibt es kleine klar definierte Vorgehensweise. Diese Verfassung ist alles andere als vollkommen: Viele erwarteten mehr von ihr (im sozialen Bereich, in der Garantie der öffentlichen Dienstleistungen, auf dem Gebiet der ausserpolitischen Kompetenz der Union). Aber sie bedeutet in vielen Bereichen einen deutlichen Fortschritt gegenüber den früheren Verträgen, insbesondere durch die Bestätigung der Union

als eines politischen Projekts, das sich auf Werte gründet, und durch die Integration der Charta der Grundrechte. Sie abzulehnen wäre ein gefährliches Spiel: Die Hoffnung, weitere Verhandlungen würden zu mutigeren Entscheidungen führen, läuft das Risiko, auch das zu verlieren, was man schon gewonnen hat, mit der Konsequenz einer unregierbaren Union und sehr viel weniger Demokratie, als sie die Verfassung anbietet.

Die Wahlen zum Europaparlament: Das Parlament gewinnt mehr und mehr an Machtbefugnissen, entgegen der Meinung, die landläufig zu hören ist. Es ist ein grundlegender politischer Akteur in der Union. Die Wahlen sind in doppelter Weise ein Test. Welche Bedeutung wird die Wahlkampagne in den verschiedenen Ländern haben: Stimmengewinne in den strittigen Fragen der nationalen Politik oder Engagement in den eigentlich europäischen Belangen. Im ersteren Fall würden die politischen Parteien eine schwere Verantwortung im Hinblick auf die Demokratie auf sich laden, würden sie doch die Bürger täuschen, indem sie über Fragen abstimmen lassen, die mit dem Gegenstand der Wahl gar nichts zu tun haben. Und wie hoch wird die Wahlbeteiligung bei dieser Europawahl sein? Dabei steht die Glaubwürdigkeit des Parlaments auf dem Spiel. Diese zwei Fragen sind vielleicht wichtiger als zu wissen, wie die Sitzverteilung sein wird; es gibt ja noch keine wirklich europäischen Parteien, die ein klar definiertes gemeinsames Programm vertreten. Dennoch verlöre das Parlament viel von seiner Dynamik und seiner Autorität, wenn Euro-Skeptiker in grosser Zahl gewählt würden. In dieser Hinsicht haben die Wähler eine wichtige Wahl zu treffen.

Die neue Kommission wird eine Anlaufzeit benötigen. Sie wird neu organisiert werden müssen, und die Kommissare werden lernen müssen zusammenzuarbeiten, was allein schon deshalb schwierig sein wird, weil viele von ihnen nur eine sehr begrenzte Erfahrung mit der Arbeitsweise der europäischen Institutionen vorweisen können.

Wir treten also in eine für die Union entscheidende Phase ein, mit vielen Fragen, und sicher wird es eine mehr oder weniger lange Phase der Unsicherheit in der Erarbeitung von Vorschlägen wie auch in der Entscheidungsfindung sein, aber doch auch eine Phase der Hoffnung, dass entscheidende Schritte nach vorne gesetzt werden. Allerdings sollte das Risiko von Blockierungen und Bremsmanövern nicht unterschätzt werden.

Ignace BERTEN OP
Espaces - Brüssel

Übersetzung : Diethard ZILS OP- Brüssel

Site web : www.espaces.info

ESPACES, Bruxelles Av. de la Renaissance 40, B-1000 Bruxelles, Tél +32.2.743.09.92, Fax +32.2.743.09.94, e-mail espaces.bruxelles@gmx.net
 ESPACES Strasbourg, 42 rue de l'Université, F-67000 Strasbourg, Tél +33.3.88.35.49.82, Fax +33.3.88.21.24.00, e-mail gabriel.nissim@wanadoo.fr
 ESPACES Centrum, ul. Stolarska 12, PL- 31-043 Kraków, Tél +48.12.423.16.13, Fax +48.12.423.00.80, e-mail Marek.Pienkowski@dominikanie.pl
 Institut M.-D. Chenu - Espaces Berlin, Schwedter Str. 23, D-10119 Berlin, Tel +49.30.440.37.280, Fax +49.30.440.37.282, e-mail irmdc@gmx.net